

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummern 5 Mk.
Eingetragen in die Reichs-Post-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Dummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Albststraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelleile ober deren Raum 50 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Der neue Weltkrieg

Kein Zweifel, die Zeitungen aller Länder bestätigen es Tag für Tag: die Metallindustriellen führen den Weltkrieg fort. Allerdings nicht mehr an der Landesgrenze gegen den äußeren Feind, sondern im eigenen Lande gegen den inneren Feind. Früher waren sie auf dem Kriegspfad, um Land und Gut fremder Völker und die Herrschaft über diese zu ergattern, jetzt wird die nämliche Gabel gegen das eigene Arbeitervolk betätigt. Und der heutzutage Reigen hat von allen den damals neutralen Ländern starken Zug erhalten. So ist der neue Weltkrieg noch internationaler als der alte. Gewiß hat auch die Unternehmerrschaft anderer Industrien Erledliches in Eroberungsjucht und Kriegshetze geleistet, aber sie blieben darin doch beträchtlich hinter den Metallindustriellen zurück. Für diese konnte der Massenmord nicht lange genug dauern, der Eroberungsplan nicht weit genug gesteckt werden. Sie glaubten gewichtige Gründe für ihre Auffassung zu haben: je länger das Gemetzel dauert, desto umfangreicher die Beeresausbeute, um so goldiger der Profit. So wurde dies- und jenseits der Schützengräben in den metallindustriellen Kontoren gerechnet und gehandelt. Die Rechnung hat sich hüben wie drüben als richtig erwiesen. Auf welcher Seite auch immer die Metallindustriellen standen, ob bei den geschlagenen Mittelstaaten oder bei den siegreichen Weststaaten, sie alle haben gesiegt, allen hat das große Völkermorden mehr Macht, ärgere Anmaßung und noch schimmere Beute gebracht.

Während unsere süddeutschen Kollegen den Ansturm der Metallindustriellen abwehren, sehen sich ihre Berufsgenossen in Holland, Dänemark, England, Amerika, Böhmen, Belgien, Österreich und anderwärts zu gleichem Tun gezwungen. In den ersten beiden Ländern sind sie inzwischen nach einem mehr oder weniger glücklichen Ringen wieder in die Werkstätten zurückgekehrt, in England, Amerika und Böhmen ist der Kampf noch voll im Gange, in Belgien und Österreich finden die Vorbereitungen oder die Vorbereitungen statt. Überall sind die Munitionsfabrikanten von gestern, wie einst, der Kriegstreibende Teil. Ihre Kriegsgründe sind, formal genommen, etwas verschieden. Hier fordern sie Lohnverschlechterung oder Verlängerung der Arbeitszeit, dort die Beseitigung gewerkschaftlicher Rechte. Doch unter dieser Verschiedenartigkeit birgt sich die eine Grundforderung: Vermehrung des Profits und der Herrschaft oder, was ja auf das gleiche hinausläuft: Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Schwächung der Gewerkschaften.

Karl Marx hat einst die englischen Arbeiter die Preisfechter des Proletariats genannt. Eine Zeitlang glaubte man sich an der Richtigkeit dieses Ehrennamens zweifeln zu müssen. Mein das Verhalten der englischen Maschinenbauer im gegenwärtigen Kampf bannt jede Deutlichkeit. Seit Anfang März stehen sie, 300 000 Mann stark, arbeitslos, entbehrend, hungernd auf der Straße. Sie ließen sich auch nicht tankend machen, als ihre einstigen Munitionsfabrikanten, Fleisch vom Fleisch der süddeutschen, noch vierhunderttausend Mann mehr in die Hungerlinie reichten. Und ihre Unerbittlichkeit ist auch jetzt noch unverfehrt, wo den (47) Gewerkschaften der später ausgesperrten Vierhunderttausend einige Köder hingeworfen werden, um sie zum Verlassen der Front aufzumuntern, was Bestimmung der Stellung des Maschinenbauer-Verbandes bedeuten kann. Am 2. Juni werden die 47 Gewerkschaften über die neuen (etwas gemilderten) Bedingungen der Maschinenindustriellen abstimmen. Das Ergebnis wird, wenn man verschiedenen Meldungen trauen darf, bejahnend, die Rückkehr in die Werkstätten sein. Dessenungeachtet erklären die Maschinenbauer, weiter anzuharren. Selbst wenn sie ihr Wort nicht durch die Tat zu bekräftigen vermögen, wird es uns nicht wundern. Wenn es hier etwas zu wundern gibt, dann, daß sie bei der Leere ihrer Organisationskassen überhaupt so lange ausgeharrt haben. Wie arg die trübe Wirtschaftslage die finanzielle Leistungsfähigkeit der Tradeunions verschlechtert, bezeugt der britische Stahlschmelzer-Verband, der vier Jahrzehnte keinerlei Streiks hatte und demzufolge eine halbe Million Pfund (10 Millionen Goldmark) aufhäufen konnte. Diese erhebliche Rücklage, die Erparnis von vierzig Jahren, war in sechs Krisenmonaten vollständig ausgegeben, so daß die Zahlung von Arbeitsunterstützung eingestellt werden mußte. Noch trostloser liegt es natürlich bei den von Kämpfen betroffenen Gewerkschaften, worunter der Maschinenbauer-Verband zu zählen ist. Dessen Mitglieder erhalten schon wochenlang keine nennenswerte Unterstützung mehr. Und trotzdem hielten sie aus, wollen sie noch weiter aushalten.

Warum dieser beispiellose, hungerreiche Widerstand? Unter einem benebelnden Schwall von Worten verbirgt sich die Forderung der Maschinenindustriellen nach verbrieftem Einverständnis des Maschinenbauer-Verbandes, daß sie fortan

die Arbeitsbedingungen ganz eigenmächtig ändern können, auch wenn die Änderung eine „materielle“ ist. Als einzige Konzession soll den Arbeitern die Anwendung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens zugestanden werden, wodurch zu entscheiden sei, was dann, auf Grund der Einwilligung, noch Rechtens sei. Da aber das ordentliche Verfahren an die sechs Wochen beansprucht, würde der Unternehmer nachgerade immer seinen Zweck erreichen, das heißt die Arbeitsbedingungen, auch materielle, wie Arbeitszeit, Lohnhöhe, Werkstattdrechte, leicht ändern können. Die Gewerkschaften wären in den Fragen des Arbeitsverhältnisses ausgeschaltet, ihr Einfluß hätte den herbsten Schlag erlitten, zahlreiche Leute würden sich dann vergeblich nach dem Daseinszweck der Organisation fragen.

Nichts anderes bezweckten und bezwecken die Metallindustriellen der nichtenglischen Länder mit ihren Angriffen auf Arbeitszeit und Lohnhöhe. Erst landweite Aussperrung, um Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitsstunden durchzuführen (obwohl die Dividende reichlich fließt und zahlreiche Beschäftigungslose vor dem Tor stehen), um die Gewerkschaftsklassen zu leeren, dann schließlich Versteifen auf offensichtliche Rechenmäßigkeiten, um den Arbeitern die Unternehmerrschaft unmissverständlich zu zeigen. Prestige-politik! Daß solche jetzt wiederum für den Gipfel der Unternehmerrschheit gehalten wird, lehrt das Verhalten einer Anzahl süddeutscher Firmen bei Beendigung der Aussperrung. Obwohl von den an den Verhandlungen teilnehmenden Unternehmervertretern es als selbstverständlich erklärt wurde, daß keine Maßregelungen stattfinden, glauben dennoch einige metallindustrielle Ehrenmänner, durch Nichtwiedereinstellung von Ausgesperrten ihr Mühen fühlen zu sollen. Allen voran auch diesmal wieder die Daimler-Motoren-Gesellschaft, die, wie weit hin bekannt, ihren Ruf schon durch ihre Steuergeschäfte auf die höchste Stufe der Steigerungsmöglichkeit brachte. Diese Firma besteht darauf, über hundert Leute nicht wieder einzustellen, ohne die Frage nach dem Warum und dem Wen für zu beantworten. Überdies verlangt sie die Unterzeichnung eines Reverses, der, wenn es überhaupt noch möglich wäre, den sattsam bekannten Ruf der Firma noch mehr verstärken müßte. Man vernehme, was sie unter andern fordert:

Der Arbeitnehmer ist als Arbeiter eingestellt und verzichtet ausdrücklich für jetzt und später, insoweit nicht andere Bedingungen für sein Arbeitsverhältnis schriftlich mit ihm vereinbart sind, auf die Rechte, die das Bürgerliche Gesetzbuch, die Gewerbeordnung und das Handelsgesetzbuch sowie der Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse in der württembergischen Industrie den Angestellten gewährt.

Es gibt sicherlich genug durch Kriegsbeute schweinefett und unberühmt anmaßend gewordene Metallindustrielle, aber ihren Meister haben sie doch in Unterwürigkeit zu suchen. Die Unterschreibung eines solchen Wisches zu verlangen, dazu hätte nicht einmal die Unverschämtheit eines Stumm gereicht. Neben der Motoren-Gesellschaft stehen noch hier und da, wie in Geislingen, Ehlingen und anderwärts, Jaunlönige, die darauf veressen sind, durch Maßregelungen noch besonders darzutun, daß sie neben ihrer Gabel über eine nicht durch Einsicht geminderte Portion Brutalität verfügen. Es wird der ruhigen Entschlossenheit der Belegschaften bedürfen, auch diese überwildeten Profitgenossen auf die Bahn der Erträglichkeit zu schieben.

In keinen Weltgeschichtlichen Betrachtungen sagt Jakob Burckhardt, die Macht ist kein Beharren, sondern eine Gier. Das Wort wäre noch trefflicher, wenn es den Befehl hätte, daß mit der Macht auch die Gier steigt. Diese kennt keinen Punkt des Beharens, des Ruhens, des Gesättigtheits. Je mehr sie befriedigt wird, desto stürmischer heischt sie nach mehr. Als lebendiger Beweis hierfür steht die internationale Sippe der Munitionsfabrikanten vor. Mit der durch den Krieg und seiner goldenen Fint verursachten Steigerung ihrer Macht ist die Gier nach weiterer Beute üppig gediehen. Da ihr der Friedensschluß die Befriedigungsmöglichkeit im Ausland und an den öffentlichen Kassen des eigenen Staates erschwert, wütet sie in verstärktem Maße gegen die Arbeiterklasse. Die Gier abwehren, sind allerwärts die Gewerkschaften dabei. Den einen ist es nicht gelungen, anderen teilweise, nur wenige können von einem vollen Erfolg reden. Die trotz übermenschlicher Anstrengung verhältnismäßig geringe Zahl von gewerkschaftlichen Siegen muß, nun wohl auch in Reich und Nied des Tradeunionismus, die Frage ernstlich prüfen heißen, ob es nicht eine andere, aussichtsreichere Möglichkeit gibt, die Beute der Metallindustriellen zu unterbinden. Es wird eines langen Prüfens nicht bedürfen, um herauszufinden, daß es eine solche Möglichkeit gibt und daß sie darin besteht, den Metallindustriellen, dem Unternehmertum überhaupt die Fähigkeit zum Beutemachen dadurch zu nehmen, daß man die Produktionsmittel sozialisiert. Ohne dem werden äußere und innere Weltkriege nie aufhören.

Der Kampf der süddeutschen Metallarbeiter und die K.P.D.

Von Rob. Ditzmann.

Als im März d. J. der Deutsche Metallarbeiter-Verband den großen Kampf in der süddeutschen Metallindustrie ausnahm, suchte zunächst die Presse der K.P.D. die Tatsache, daß der Vorstand des DMB gegen die süddeutschen Metallindustriellen den Kampf auf breiter Front aufnahm und in fester Kampfbildung vorrückte, als die Kämpfe in Bayern, Württemberg und Baden in einer Zeitspanne von wenigen Wochen zusammenfielen, pakte ganz und gar nicht zu dem selbstherrlichen kommunistischen Geschrei, daß die Verbandsleitung keinen Kampf wage, jede Bewegung abtrotze und dergleichen Schwindel mehr. Doch gar bald war eine andere Melodie auf der Leier. „Erweiterung der Kampfesfront“ lautete die kommunistische Parole. Die einen begnügten sich mit einem Generalschrei für Süddeutschland, die andern wünschten ganz Deutschland in Mitleidenschaft gezogen, beschöne Strategen wollten zunächst die Metallarbeiter ins Feuer schicken, während genialere Köpfe ein „etappenmäßiges Vorgehen“ befürworteten oder aber gleich „zum Sturm aufs Ganze“ riefen. Als die Zeitung des DMB den Vorschlägen dieser Konfusionsräte nicht folgte, setzte ein Sturm in der kommunistischen Presse ein, um in angenehmsten Schmiedeleien ein Wurfgeschloß nach dem andern gegen uns zu schleudern. Arbeitsgemeinschaftler, elende Wikrokraten, Führerclique, Dummköpfe, Unfähigkeit, Sabotage, Verrat usw., so ging es in steigendem Tempo durch den kommunistischen Wälderwald. Wir mußten schweigen während der Dauer des Kampfes. Die Interessen der kämpfenden Arbeiter erlaubten uns nicht, inmitten des schweren Ringens eine fruchtlose Auseinandersetzung mit den uns beschimpfenden Streifen zu pflegen. Wir hatten besseres zu tun. Stehen die Arbeitermassen im Kampf, geht es nicht an, über Details der einzuschlagenden Taktik auf offenem Markt zu debattieren. Das weiß jeder Gewerkschafter. (Vielleicht prüft man im kommunistischen Reaktionsstadium mal gelegentlich, ob die Unternehmerr über ihre Taktik mitten im Kampfe öffentliche Diskussionen zu pflegen belieben.) Doch noch ein anderes kam für uns hinzu: im Kampfe standen alle Arbeiter, unbestimmt ihrer politischen Richtung, geschlossenen Besammens. Ein Verbinder, wer in solchen Stunden, in denen die Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum gemeinsam um ihre Existenz ringen müssen, nichts besseres zu tun weiß, als einen politischen Streit vom Saune zu heben. Bären wir auf diesem Wege gefolgt, wäre eine Zerstückelung und schließlich Zerstörung der proletarischen Kampfesfront die Folge gewesen. Das durfte nicht sein.

Am 1. April erschien von der Zentrale der K.P.D. (Abt. Gewerkschaften) ein „flammenberaufender Aufruf“ an die Mitglieder des DMB und der K.P.D., worin zum Solidaritätsstreik für ganz Süddeutschland aufgerufen wurde. Wenn kein Arbeiter diesem und ähnlichen Aufrufen folgte, so ist dies der beste Beweis dafür, wie „ernst“ die deutsche Arbeiterklasse — kommunistisch gesinnte Arbeiter inbegreifen — solche Unternehmungen nimmt. Man hat allmählich zuviel des Guten genossen, um noch auf solche Aufputschereien hereinzufallen. Um so mehr wachte sich der Born kommunistischer Hebelhelden wieder der Gewerkschaftsleitung zu. Ihre Beschnüffel begleitet uns in allen Variationen bis zum völligen Abschluß des großen Kampfes, immer wieder zu neuen Mißtönen ausartend. Doch wir wollen uns bei diesem Teil des Konzerts nicht aufhalten. Wichtiger ist,

einige Parteien kommunistischer Treiberereien

festzuhalten, die auch bei zukünftigen Gewerkschaftskämpfen beachtlich sind. Hatte die kommunistische Presse während der Monate des Kampfes hindurch sich heißer geschrien, daß die süddeutschen Metallarbeiter verstanden würden, daß der Kampf lohnlicher mit einer Niederlage der Arbeiter enden müsse (werden die Schürmacher im Unternehmerrlager geschmunzelt haben!), wenn nicht die kommunistischen Vorschläge befolgt würden usw., so gingen die gleichen Kreise mit den traurigsten Verdächtigungen vor, nachdem in wochenlangen Verhandlungen ein Ergebnis erzielt wurde, das zum Abschluß des Kampfes führte. Komodie, raffinierte Täuschung, unläuteres Spiel, Betrüger, Verbredler, schändliches Umwürgen des Streiks und andere gemächte Würstchen gaben den „sachlichen Betrachtungen“ der Roten Fahne und ihrer Ableger im Lande das Gepräge. Und zuversichtlich fügte die rote Fahne ihren Epitelen über das Ergebnis der Münchner Verhandlungen am 22. Mai d. J. hinzu:

Wir sind nicht im geringsten darüber im Zweifel, daß, wenn die Abstimmung in allen Bezirken und bei allen Streikenden korrekt vorgenommen wird, die in München getroffenen Vereinbarungen ebenso einmütig wie das Heidelberger Willkommen abgelehnt werden.“

Doch diese Rechnung hatte ein großes Loch. Wenn sich die Metallarbeiter während des monatelangen Kampfes durch das feste Beharren einer todsicheren Niederlage der Nichtanwendung des kommunistischen Rezepts nicht irremachen ließen, so ebensovienig durch die blöde Hege, die beim Abschluß der Verhandlungen gegen das erzielte Ergebnis und gegen die Verbandsleitung von den gleichen Organen betrieben wurde. Mit erbitterter Weisheit stimmten die Kämpfenden in den einzelnen Kampfgebieten den Verhandlungsergebnissen zu, ganz gleich, ob die einzelne Verwaltung von Kollegen der K.P.D., U.G.P. oder K.P.D. geleitet wird. Möglich, daß sich noch eine „gewante“ Feder findet, die auch diese ungewöhnlichen Abstimmungsergebnisse in ihr Gegenteil umzu... deuten versucht. Doch wird ein solcher Versuch nichts ändern an der Tatsache, daß auch die große Mehrheit der kommunistisch gesonnenen Verbandskollegen es abgelehnt hat, gemäß der Aufforderung ihres Parteiorgans mit Nein zu stimmen. Und hat der große Kampf in Süddeutschland gelehrt, daß die Weisheit der kommunistischen Arbeiter, die als Gewerkschafter und Kampfesgenossen in unseren Reihen leben, nicht daran denkt, jedem Befehl zu folgen, der ihnen von ihren Parteiorganen vorgelegt wird. Und das gleiche gilt von den kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern. Wenn die rote Fahne den Vorstand des DMB in Grund und Boden verdammt, weil er in München nur für Wagnis Verhandlungen geschlossen (das gilt natürlich nur formal, in Wirklichkeit wußten beide Teile, daß das Ergebnis der Münchner Verhandlungen auch seine Auswirkungen auf die übrigen Kampfgebiete haben würde), so trösten wir uns in dem Bewußtsein, daß zu den also Geheilten auch etwa 15 kommunistische Funktionäre unseres Verbandes gehören (sowohl Angestellte wie Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis), die ebenso wie die übrigen Kollegen, die in München acht Tage bekannnten waren, über alle einzelnen Schritte der Verhandlungskommissionen bescheid wissen und den ergreifenden Maßnahmen vorher ihre Zustimmung erteilten. Sind wir gezwungen, diese Tatsache zu konstatieren, so werden unsere kommunistischen Kollegen offensichtlich verärgert, falls sie überhaupt ein Wortspruch der K.P.D. Zentrale treffen

WELTSCHAU

Das Petroleum in Genua

Von Dr. rer. pol. Hans Stein (Köln)

Seit geraumer Zeit bemühen sich die Amerikaner, durch ihre Standard-Oil-Co. und die Engländer mit Hilfe der Shell-Gruppe, Einfluß auf die russischen Petroleumgebiete um Baku zu gewinnen. In diesen Bezirken war neben russischem auch englisches und vor allem französisches Kapital tätig. Die Shell-Gruppe besaß dort eine Filiale, die North Caspian-Oil Fields Ltd., hatte also bereits einen gewissen Einfluß, der verstärkt worden ist durch die im April 1920 abgeschlossene Konvention von San Remo, in der es England bzw. der Shell-Gruppe gelang, die Gänge auf alle französischen und von Frankreich beeinflussten Petroleumgebiete zu legen. Zur Erläuterung muß hier eingeschaltet werden, daß die zu einem Kartell zusammengeschlossenen zehn französischen Petroleumraffinerie gar keine Raffinerie mehr sind, sondern lediglich Händler, die mit ausländischem Öl den heimischen Markt versorgen. Sie sind durch dieses behäbige und profitreiche Kaufmannsleben in allen petroleumtechnischen Fragen zurückgekommen und wären heute gar nicht in der Lage, die Frankreich zugewandten Ölleitungen rentabel zu bewirtschaften. Die englische „Hilfe“ kam also recht gelegen und die Engländer haben sich allerdings recht gründlich gefügnet. Wenn im Abkommen von San Remo für einige Gebiete, so für Baku, von gemeinsamer Arbeit der englischen und französischen Interessenten die Rede ist, so kommen praktisch nur die Engländer auf Grund ihrer technischen Überlegenheit in Frage. Übrigens hat die englische Regierung den Abschluß des Abkommens durch politische Druckmittel beschleunigt. Als die französischen Truppen in Syrien seinerzeit durch den von England unterstützten Emir Ferisal bedrängt wurden — es handelt sich hier um einen hochinteressanten Auschnitt aus der britisch-französischen Orientpolitik — erklärte der gute Verbündete England sich bereit, Ferisal zurückzuhalten, wenn Frankreich dem Abkommen von San Remo zustimme. Der Einzug des Generals Gourand in Damaskus — erkaufte mit dem Verzicht auf das Petroleum! Um das Prestige zu retten, gab Frankreich unerhört wichtige Rohstoffquellen den Briten preis.

Die Shell erweiterte übrigens diesen Erfolg, indem sie den französischen Geldmarkt stark für ihre Aktien interessierte. Die Papiere des englisch-holländischen Trusts wurden zu beliebigen Spekulationsobjekten. Und der Erfolg? Nun, die französischen Rentner wie auch die Hochfinanz sind auf diese Weise an die englische Ölpolitik gefesselt.

Die veränderte Stellung Frankreichs im Petroleumduell sollten die Amerikaner bald zu spüren bekommen. Zwar versuchte die Regierung Millerand im Frühjahr 1920 zunächst, das San Remo-Abkommen den Amerikanern zu verheimlichen, weil er unerfreuliche Rückwirkung hinsichtlich der französischen Schulden fürchtete. Aber es blieb nicht aus, daß der Einfluß der Shell-Gruppe die Pariser Regierung zu schikanösen Maßnahmen gegenüber dem amerikanischen Petroleum veranlaßte. Sobald nun die Union den wahren Sachverhalt erkannt hatte, ließ sie ihre Gegenmänner springen.

Was war die Lage der Standard-Oil-Co. in der Baku-Angelegenheit jetzt, nach San Remo, bei weitem nicht so aussichtsreich wie die ihres englischen Konkurrenten, aber wozu ist denn der Kampf da? Sie mußte versuchen, alles, was an Petroleuminteressen in Frankreich noch zu haben war, in ihren Kreis zu ziehen und zu diesem Zweck gründete sie eine Tochtergesellschaft, die Standard franco-americaine, die sich der Banque de Paris et des Pays-Bas als Emissionsbank bediente. Die Brücke zum französischen Finanzkapital und zum Geldmarkt war somit geschlagen. Es galt nun noch, politischen Einfluß zu gewinnen, um auch innerhalb der Pariser Regierungskreisen den Shell-Geiten entgegenzutreten zu können. Und da fand sich der einflussreiche Herr Jules Cambon, der frühere Berliner Botschafter, bereit. Man setzte ihn mit hohem Gehalt als Präsidenten an die Spitze der neuen „Standard“, stellte ihm aber vorwiegendweise den Präsidenten der Standard-Oil selbst, Herrn Bedford, als Vizepräsidenten zur Seite. Obendrein brachte der skandalöse Zusammenbruch der mit Regierungsgeldern gespeisten französischen Chinabank es mit sich, daß der Vertrauensmann der Shell-Gruppe in der französischen Regierung und Mitunterzeichner der Konvention von San Remo, der Generalsekretär des auswärtigen Amtes, Berthelot, seinen Abschied nehmen mußte. Somit hatte also die Standard-Oil-Co. einen beträchtlichen Teil des verlorenen Bodens wiedererobert. Zu Beginn der Genua-Konferenz gab es demnach in Paris eine Gruppe von Shell-Anhängern und eine Gruppe von Standard-Oil-Freunden, die von den mächtigen Trusts Schachfiguren gleich hin und her geschoben wurden. Man muß diese Kräfteverteilung kennen, um einige Vorgänge auf der Konferenz selbst richtig beurteilen zu können.

Anfang Mai ging die Aufsehen erregende Meldung in die Welt, England habe in einem Privatvertrag auf 5 Jahre die Petroleumkonzessionen von Baku erhalten. Zwar wurde die Meldung dementiert, aber trotzdem behauptet sich die Nachricht,

daß der Abschluß zum mindesten dicht vor der Tür stehe. Und schon kamen Enttäuschungen. Der amerikanische Botschafter frühstückte in dieser Angelegenheit bei Lloyd George und — die französische Delegation begann ihre britische Haltung in der Russenfrage unter anderem mit dieser Konzessionsangelegenheit zu begründen. Beide französische Gruppen, nämlich die Shell-Geite und Standard-Anhänger, waren verstimmt; die Freunde der Shell, weil England durch die Konzessionsübernahme von sozialisiertem Eigentum die französische Anschauung über die Rückertattung des Privateigentums durch Ausland verletzte, die Standard-Geite, weil sie von dem seltenen Wissen nichts abbekommen sollten. Insofern also ist die französische Konferenzabotage ein Ergebnis des Petroleumkampfes und insofern arbeitet Frankreich zum Schaden des europäischen Ausbaus für die amerikanischen Petroleuminteressen!

Es ist nicht schwer, aus diesen Vorgängen, die leider viel zu wenig beachtet werden, eine Nuhanwendung zu ziehen. Das Beispiel des Petroleumkampfes beweist, wie sehr die heutige Weltpolitik den wirtschaftsimperialistischen Tendenzen der kapitalistischen Mächte entspringt und wie wenig unter solchen Umständen die von Trusts und sonstigen Wirtschaftskonglomeraten geschobenen Regierungen die Hände frei haben für die Linderung der europäischen Not und die Wohlfahrt der Völker — trotz aller schönen Reden. Wenn die Konferenz mit mageren Ergebnissen zu Ende gegangen ist, so ist einer der wichtigsten Gründe in diesen Zeilen dargetan worden.

Vom Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verband

Der Vorstand des Norwegischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes hat gestern — mit ziemlicher Verspätung — seine Jahresberichte für 1919 und 1920 herausgegeben. Da diese beiden Jahre für die norwegischen Gewerkschaften jedoch ziemlich bedeutsam waren und die Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern noch zentralisiert sind als die deutschen und da infolgedessen schon früher eine Art Rahmenvertrag des Gewerkschaftsbundes mit dem allgemeinen norwegischen Unternehmerverband abgeschlossen worden ist, der für sämtliche Berufe gilt, so waren die beiden Jahre auch für unseren norwegischen Bruderverband sehr ereignisreich; daß es sich lohnt, an der Hand der beiden Jahresberichte kurz auf dessen Tätigkeit in den beiden Jahren einzugehen. Im Jahre 1919 liefen mit wenigen Ausnahmen sämtliche in den drei vorhergehenden Jahren abgeschlossenen Verträge ab. Dieser Zeitpunkt war durchgesetzt worden vom Arbeitgeberverein, der, wie sich nachträglich herausstellte, dabei im Einverständnis mit der schwedischen und der dänischen Unternehmerorganisation handelte. Da die Leuerung jedoch zugenommen hatte, so war man sich im Norwegischen Gewerkschaftsbund darüber klar, daß die Verträge gekündigt werden müßten. Ferner war man sich klar darüber, daß nunmehr die infolge der politischen Umwälzung in Deutschland durchgeführte achtstündige Arbeitszeit auch in Norwegen erzwungen werden müsse und eine Zusammenkunft der Verbandsvorstände beschloß, daß bei sämtlichen Vertragsverneuerungen der Achtstundentag gefordert werden müsse. Ferner seien die Lohnsätze zu erhöhen.

An dem Verträge vom Jahre 1916, die am 1. April 1919 abließen, war der Norwegische Eisen- und Metallarbeiterverband mit 15 000 bis 16 000 Mitgliedern beteiligt. Vom 15. Februar bis zum 4. März fanden auf Veranlassung des Reichsschlichtungsbeamten Verhandlungen statt. Die Unternehmer erklärten, daß sie sich grundsätzlich der 48-Stundenwoche mit einer täglichen 8 1/2-stündigen Arbeitszeit nicht widersetzen wollten; man müsse der Industrie jedoch eine gewisse Übergangszeit einräumen. Sie schlugen vor, die Höchstarbeitszeit auf 51 Stunden festzusetzen. Wo die Arbeitszeit schon 51 Stunden oder weniger betrug, könne sie auf 48 Stunden festgesetzt werden. Als Zeitpunkt für die allgemeine Einführung der 48-Stundenwoche schlugen die Unternehmer den 1. Januar 1921 vor.

Die Arbeitervertreter hielten an ihrer Forderung fest und wollten höchstens dort eine Ausnahme zugestehen, wo die Arbeitszeit noch wesentlich länger war. Ferner wollten die Unternehmer höchstens eine Woche Ferien zugestehen und nur für solche Arbeiter, die ein Jahr im Betriebe beschäftigt waren. Auch dieses Zugeständnis genigte den Arbeitervertretern nicht.

Bei der Lohnfrage berieten die Unternehmer sich auf die außerordentliche Leuerung und wollten sich nur zu weiteren Leuerungszugeständnissen verstehen. Nach langwierigen Verhandlungen kam es in der Eisenindustrie zu einem Vertragsabschluß, der den gelernten Arbeitern eine Lohnerhöhung von 80 auf 125 Ore die Stunde brachte, für Hilfsarbeiter von 70 auf 110 Ore. Davon galten in beiden Fällen 30 Ore als Leuerungszugabe. Ferner sollten noch als persönliche Lohnzugabe an alle Arbeiter 30 Ore und an alle Arbeiterinnen 20 Ore gezahlt werden. Die Arbeitszeit wurde von 54 Stunden auf 48 Stunden verkürzt. Um den freien Sonntagabendnachmittag durchzuführen, konnte die tägliche Arbeitszeit an den übrigen Werktagen 3 1/2 Stunden dauern.

Die Verträge liefen bis zum 31. März 1920. Es waren also in diesem Jahre neue Verhandlungen nötig. Inzwischen hatte der Geschäftsgang sich aber verschlechtert. Da die Leuerung jedoch weitergeschritten war, forderten die Gewerkschaften auch entsprechende Lohnerhöhungen, ferner Erhöhung der Ferien auf 14 Tage sowie die Möglichkeit, daß auch sämtliche Arbeiter in den Genuss von Ferien kommen können, außerdem einen Anteil der Arbeiter an der Beteiligung der Betriebe. Demgegenüber wollten die Unternehmer sich höch-

stens zu einer Verlängerung der Verträge verstehen. Auch bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsbeamten nahmen sie dieselbe Stellung ein, so daß wiederum Arbeitskämpfe in Aussicht waren. Da griff die Regierung mit einem Streikverbot ein. Die Schlichtungsverhandlungen dauerten vom 3. Juni bis zum 23. September. Es wurden 49 Schlichtungsprüfungen gefällig, die im großen und ganzen den Forderungen der Arbeiter gerecht wurden.

Der Verband schloß im Jahre 1919 im ganzen 95 schriftliche Verträge ab, die 22 701 Arbeiter umfaßten, davon 19 234 Verbandsmitglieder. Die erreichte Lohnerhöhung machte im Jahre 16 913 082 Kr. aus, für den einzelnen im Durchschnitt 745 Kr. Die größte Lohnerhöhung betrug 65 Ore die Stunde, die geringste 5 Ore. Die Mindestlohnsätze bewegten sich, von denen für Frauen und Jugendliche abgesehen, zwischen 2,15 und 1,10 Kr.

Metallarbeitergenossenschaften in Italien

Über diesen Gegenstand finden wir im Brüsseler Peuple eine Darstellung von G. G. G. G., des Sekretärs unseres italienischen Bruderverbandes, der wir folgendes entnehmen:

In der italienischen Metallindustrie gab es schon an die dreißig Genossenschaften, als der Krieg zu Ende ging. Die meisten sind von Kollegen gegründet worden, die von den Unternehmern gemahregelt waren. Die Gründungen wurden von der Opferwilligkeit der Genossen getragen. Sie begnügten sich oft mit einer Bezugsung, die geringer war als die, welche die Privatunternehmer gewährten. Bald sah sich der Metallarbeiterverband veranlaßt, 22 von diesen Genossenschaften in ein Konsortium zu vereinigen, das den Einkauf von Rohstoffen und des sonstigen Materials zu besorgen hatte und sich in Verbindung mit dem Staat setzte, um gewisse Kriegsbetriebe zu übernehmen und für die Genossenschaft die nötigen Geldmittel vorgeziffen zu erhalten.

Es ist noch zu früh zu einem abschließenden Urteil über das neue Werk, immerhin erlauben die bisherigen Ergebnisse, der Zukunft zuversichtlich entgegenzusehen. Das Konsortium, das die allgemeine Leitung dieser Genossenschaften hat, beschäftigt zurzeit 6300 Arbeiter und Angestellte. Es hat seine Tätigkeit auf verschiedene Produktionszweige ausgedehnt. Es unternimmt die Reparaturen von Eisenbahnmateriale, die Herstellung von Lokomotiven, hat eine bedeutende Schiffswerft in Spezia, die in einigen Tagen einen großen Ozeandampfer abliefern wird. Der Wert der Produktion bezifferte sich im Jahre 1921 auf 40 Millionen Lire. Es waren Verhandlungen in der Übernahme von stillliegenden Kriegswerkstätten schon ziemlich weit gediehen, als ein Regierungswechsel die Sache zum Stillstand brachte.

Der Metallarbeiterverband ernannt die Mehrheit des leitenden Ausschusses des Konsortiums. Dadurch läßt er ausflaggebenden Einfluß auf den allgemeinen Gang der Gründungen aus. Aber er redet nicht in Einzelheiten hinein. Der leitende Ausschub bestimmt allein die für jeden Tätigkeitszweig verantwortlichen Leute und die diesen zur Seite stehenden Techniker. Jedes Unternehmen hat seinen Arbeiterrat, der eine Vertretung im Verwaltungsrat hat. Beim normalen Gang der Dinge leiten die Techniker selbständig das Unternehmen. Wenn es im Fall eines Streikes der Arbeiter nicht gelingt, ihn zu regeln, wird die Sache der Direktion des Konsortiums unterbreitet. Bis heute sind alle Schwierigkeiten in der besten Weise erledigt worden und wir können uns, allgemeinen gesprochen, nur beglückwünschen zu den Technikern, die sich uns zur Verfügung gestellt haben.

Facharbeitermangel

Der Mangel nach Facharbeitern wird immer dringender und es ist nicht zu verkennen, daß in einer Reihe von Berufen tatsächlich ein föhrlbarer Mangel besteht, teils als unmittelbare Kriegsfolge durch Vernichtung der Arbeitskräfte und jahrelangem Ausfall des gewerblich geschulten Nachwuchses, teils als Folge veränderter Produktionsverhältnisse der deutschen Wirtschaft. Abgesehen davon, daß der Mangel an geschulten Kräften der Gefundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen hinderlich ist, wird oft die Beschäftigung ungelerner Erwerbsloser unmöglich, weil die Voraussetzungen hierfür, nämlich der gelernte Facharbeiter, fehlt. Die Arbeiter haben daher Ursache, dieser Frage mehr Beachtung zu schenken, als es tatsächlich geschieht. Die Bemühungen, durch die produktive Erwerbslosenfürsorge die Umschulung ungelerner Arbeiter zu Facharbeitern zu betreiben, hat leider bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Trotzdem muß alles geschehen, um die Frage zu lösen. Wo Kürzbarkeit die eine oder andere Berufsgruppe in dem gewerblichen Zuwachs lediglich eine unzureichende Konkurrenz erleiden läßt, muß diese Anschauung bekämpft werden. Besonders sichtbar ist der Mangel an baugewerblichen Facharbeitern. Es haben sich eingelebte Verabungen zwischen den Arbeitern und Unternehmerverbänden und der Regierung statgefunden, um für die Umschulung zu Bauhandwerkern die notwendigen organisatorischen Grundlagen zu schaffen. Es ist zu erwarten, daß das Reichsarbeitsministerium bereits in den nächsten Tagen auf gemeinsamen Beratungen beruhende Richtlinien für die produktive Erwerbslosenfürsorge veröffentlichen wird, die die Umschulungsfrage (zunächst für Bauhandwerker) einheitlich regeln. Es wird dann Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Angelegenheit mit allen Kräften zu fördern, damit wir endlich aus der Theorie zur Praxis kommen.

Eingegangene Schriften

Irland von Karl Rautsky. 32 Seiten. Preis 6 M. — Der fürchtbare Bürgerkrieg in Irland, der eben endlich durch einen Frieden der Verständigung mit England beendet worden ist, verleiht den irischen Dingen größte Aktualität. Trotzdem sind die Verhältnisse Irlands dem deutschen Proletariat noch wenig bekannt. Karl Rautsky, der schon 1880 eine Schrift über Irland veröffentlichte und der eine größere Arbeit über dieses viel gepörrte Land vorbereitet, hat es daher für angezeigt gehalten, jetzt einen kurzen Abriss der irischen Entwicklung zu veröffentlichen. — Das Unterstühtungsgefes für Empfänger von Invaliden, Alters-, Witwen- und Waisenrenten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 7. Dezember 1921 von Rudolf Red, Arbeitersekretär. Heft 9 der Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte. — Bereits vor mehreren Monaten hat der Reichstag ein Gesetz beschloffen, welches den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, die schreiende Not der Sozialrentner durch Zahlung von Unterstühtungen zu lindern. Bei der Festlegung solcher Vertreter der Versicherten oder Rentenempfänger hinzugezogen werden. Zu den beteiligten Kreisen ist das wichtige Gesetz noch wenig bekannt. Daher werden die Unterstühtungen nur auf Antrag gewährt. Der Verfasser, der mit der Sozialversicherung sehr vertraut ist, hat das Unterstühtungsgefes unter Berücksichtigung der Ausführungsverordnung gemeinverständlich dargestellt. In Hand dieser kleinen Schrift werden die Rentenempfänger und deren Angehörige in der Lage sein, ihre Ansprüche wirksam zu vertreten. Beide Schriften erschienen in der Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Dreifelderstr. 8/9.

Protokoll vom ersten Gewerkschaftskongress des Afa-Bundes in Düsseldorf am 2. und 3. Oktober 1921. 135 Seiten. Preis 24 M. für Mitglieder der Afa- und Afa-Organisationen 15 M. Allgemeiner freier Angestelltenbund, Verlagsabteilung, Berlin NW. 52, Berflstraße 7. — Diese Niederschrift der gesamten Kongressverhandlungen enthält neben den Referaten über die Fortbildung des Arbeiterrechts von Prof. Dr. Hugo Sinzheimer, Frankfurt a. M., und Neuordnung der Sozialversicherung von Helmut Lehmann, Dresden, wertvolles historisches Material über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Angelegenheiten in Deutschland.

Ein neuer Vertiefungsapparat

In größeren kaufmännischen und industriellen Betrieben findet neuerdings ein besonders konstruierter photographischer Apparat Eingang, der vornehmlich zur Vertiefung von Schriftstücken, Zeichnungen u. dergl. dient. Durch sinnreiche Vorrichtungen wird hier er-

waschmitteln im Durchschnitt je 30 Tonnen Baumwolle und Leinwand durch „Sauerstoffstrahl“ vernichtet. Nun wurde der Wäschebestand des Deutschen Reiches von der Reichsbedarfsstelle im ersten Kriegsjahr auf etwa 7 Milliarden Mark berechnet; gelangt es, durch reiflose Auffklärung der Verhältnisse und insbesondere durch Vermeidung schädlich wirkender Bleich- und Waschlösungen jährlich nur etwa 2 bis 3 Prozent des Wäschebestandes zu retten, so könnten der deutschen Volkswirtschaft dadurch 150 bis 200 Millionen Mark im Jahr gespart werden. Besondere Beachtung schenkt die Textilforschung neuerdings auch der Vernichtung der Nitroharzseide durch latente gebundene Schwefelsäure, ferner der Verminderung von Stoffen als Folge von Karbonisationsfehlern, der Vernichtung von Fasermaterial durch Zerfall von Schwefel- und Nitroharzstoffen, der Faserfärbung durch Farbstoffe, wie Sulfide, Schwefel, Hypochlorite, Säuren und ähnliche Stoffe. Ein anderes, noch nicht reiflos geklärtes Gebiet ist die Bleicherei, vor allem die Chlorbleicherei und ihr Einfluß auf die Faserfärbung. Die neueren Vorschläge, der technischen Rohstoffvergebung und der Kurzelegigkeit der Textilzeugnisse entgegenzuarbeiten, zielfeln im wesentlichen darin, das Bleichen der Baumwolle und des Leinens nach Möglichkeit einzuschränken, zur Erparung von Seidenmaterial den Seidenstoff zu belassen, die Haltbarkeit erschwerter Seide durch Einverleibung von Schwefelstoffen zu erhöhen, die Haltbarkeit der Wolle durch eine Art Chromgerbung zu vergrößern, die Schwefelfärbungen durch Einverleibung von Schwefelstoffen haltbarer zu machen usw.

Der Erweiterte Beirat

Beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 26. und 27. Mai — wie schon in voriger Nummer kurz bemerkt wurde — mit dem Kampf der Metallarbeiter in Süddeutschland und mit weiteren Erhöhungen der Unterstützungsätze und der Beiträge.

Aber den Kampf und seine Beendigung sprach in ausführlichen Darlegungen Dismann, der im besonderen die letzten drei Wochen des Streiks, die Verhandlungen und das Ergebnis des großen Kampfes behandelt, dabei auch die Abstimmungsresultate zu den Verhandlungsergebnissen bekanntgibt. Wir verweisen hierüber auf die vorige Nummer der Metallarbeiter-Zeitung. In seinen Schlussausführungen betont der Redner, daß der Verband keine Ursache habe, den Kampf zu bereuen. Er war unvermeidbar, zu seiner erfolgreichen Durchführung ist alles eingesetzt worden, was taktisch klug und möglich war. Die süddeutschen Kollegen haben schwere Opfer gebracht, die Metallarbeiter im Reich können sich ein Muster nehmen an diesem heldenhaften Kampf. Parteipolitische Verheißung sollte mit dem Kampfe nicht getrieben werden. Die politische Gewinnung jedes Einzelnen ist zu achten, sachliche Kritik innerhalb der Gewerkschaft zu üben, ist das gute Recht eines jeden Mitgliedes. Doch Beschimpfungen der Organisation sind zu vermeiden. Wer mitten im Kampfe schreibt, der Streik ist verloren durch die Gewerkschaftsbürokratie und ähnliches mehr, der schädigt die Organisation. Unerträglich ist es, wenn Anhänger einer bestimmten Richtung ihre Anweisungen für den gewerkschaftlichen Kampf anstatt vom Verband von außerhalb stehenden gewissenlosen Menschen entgegennehmen.

Machen wir, so schließt Kollege Dismann seinen Vortrag, alle Mitglieder im Lande die Einzelheiten des süddeutschen Kampfes wie mit dessen Gesamtabschluss vertraut, dann werden seine Ausführungen für die Organisation wie für die Arbeiterschaft durchaus günstige sein.

Söhler (Königsberg) berichtet über den Streik in Ostpreußen, der infolge der hartnäckigen Weigerung der Unternehmer, nicht mit den Gewerkschaften verhandeln zu wollen, lange Monate andauert.

Bisla (Berlin) bespricht die Lage in Berlin, wo mit dem 30. Juni der Tarifvertrag abläuft. Auch hier sei mit Vorhöfen der Unternehmer zu rechnen.

Fritsch (Mühlheim-Ruhr) wendet sich gegen einige Ausführungen Dismanns über die Stellung der Kommunisten zu dem Streik. Von letzteren seien Dummheiten vorgekommen, aber diese seien entschuldigbar. Die Kollegen, die die Arbeiterschaft vorwärts treiben wollen, begehen dabei historische Verirrungen, die man verzeihen muß. Redner kritisiert die Metallarbeiter-Zeitung; die über den Kampf geschriebenen Leitartikel seien vorzüglich gemein, es fehle den Artikeln die flammende Energie. Die Erweiterung der Kampfbasis sei eine rein taktische Frage, aber bei der Frage: Wie ist es möglich, die kommenden Kämpfe um die Arbeitszeit zum Siege zu führen? müsse gesagt werden, daß der RW dazu nicht allein in der Lage sei, vielmehr der RWGB seinen ganzen Machtapparat aufzubieten müsse.

Frank (Stettin) schildert die Lage in seinem Bezirk und bezieht über die durch die Schuld der Schiffszimmerer entstandene Ausperrung auf dem Hülten.

Nach weiteren, zum Teil längeren Ausführungen von Schulenburg (Stuttgard), Rathes (Jena), Böller (Köln), Löff (Stuttgard), Bölsch (Frankfurt) und Bisla (Berlin) hebt Dismann in einem Schlußwort noch einmal die wichtigsten der besprochenen Punkte hervor. Eine Erklärung, daß der Erweiterte Beirat die Einleitung, Führung wie den Abschluß des Streiks und die Haltung des Vorstandes und der Streikleitung während des Streiks billigt und gutheißt, wird einstimmig angenommen. Ebenso einstimmig wird betont, daß es die Aufgabe der Organisation ist, zu jeder Zeit Verschleierungen des Arbeitsverhältnisses mit allen organisatorischen Kräften abzuwehren.

Die Erhöhung der Unterstützungen und des Beitrags wird als zweiter Punkt behandelt. Den einleitenden Vortrag hält Schäfer (Stuttgard): Die Erfahrungen der Organisation bei dem Streik in Süddeutschland und die weitere Selbsterhaltung veranlassen den Vorstand, erneut zu der Beitrags- und Unterstützungsfrage Stellung zu nehmen. Der RWB hat den süddeutschen Kampf selbstständig aus laufenden Mitteln geführt. Der Kampfstand muß so gestellt werden, daß wir auch den kommenden Kämpfen gewinnbringend gegenüberstehen. Der Vorstand hat eine Vorlage ausgearbeitet, die eine Erhöhung des Beitrags in der I. Klasse um 7 M und eine Erhöhung der Streikunterstützung um 90 M die Woche vorsieht. (Juni: 7 M ist zu wenig!) Eine höhere Erhöhung ist nicht möglich im Hinblick auf die ungelerten Arbeiter und die Hilfsarbeiter, und bei der Staffelung der Beiträge wäre zu erwägen, ob dies nicht eine Verbesserung wäre. Der Vorstand hat sich mit der Frage einer Staffelung der Beiträge beschäftigt und ist bereit, sich darüber mit einer Kommission des Beirats zu beschreiben.

Der Redner bespricht die in der Vorstandsvorlage vorgezeichnete Erhöhung der Unzulage, Erwerbslosen, Sterbe-, Kapregelungs- und Streikunterstützung, die infolge der Selbsterhaltung notwendig geworden ist. Die neuen Beiträge sollen von der 27. Beitragswoche an erhoben werden, die erhöhten Unterstützungen können, da ein größerer Fonds geschaffen werden soll, erst von der 31. Beitragswoche an in Kraft treten. Aber der seit der 15. Woche erhobenen Extrabeitrag hat der Vorstand beschlossen, ihn auf die Dauer von neun Wochen zu erheben. Bei regelmäßiger Bezahlung möchte der neue Doppelbeitrag in der 22. Woche erhoben werden. Nachträgler ist Gelegenheit gegeben, die unzulänglichen Beiträge in der 24. bis 26. Woche zu begleichen; die Verwaltungen sollen ein besonderes Augenmerk darauf richten, daß mit Beginn des erhöhten Beitrags alle rückständigen Doppelbeiträge bezahlt sind.

In der Aussprache betont zunächst Spiegel (Wiesfeld), daß die vom Vorstand vorgezeichneten Beitragsätze zu niedrig sind.

Bernard (Frankfurt) kritisiert sich diesen Ausführungen an, findet jedoch Schwierigkeiten bei den jüngeren Mitgliedern, die für die Erhebung eines hohen Beitrags ein Gewissen haben.

Schulenburg (Stuttgard): Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß wir die jüngeren Kollegen bei einem hohen Beitrag nicht halten können. Wir stehen vor der Frage: Wann der Beirat einen solchen Beschluß fassen? Wenn wir eine weitere Klasse schaffen wollen, müssen wir wenigstens den jüngeren Mitgliedern Gelegenheit geben, in die zweite Beitragsklasse einzutreten.

Linn (Breslau): Was für Jugendliche zutrifft, gilt auch für ungelerte Arbeiter in einer Reihe von Gebieten. Für Gelände ist bei einer Erhöhung des Beitrags nichts zu machen, aber für Hilfsarbeiter muß eine andere Beitragsklasse geschaffen werden. Der Vorstand hat nach § 2 Abs. 3 des Statuts die Befugnisse der Organisation zu weihen; wenn wir für die Hilfsarbeiter keine Klassen schaffen, ist der Vorstand keine Pflicht nicht. Niemand wird dem Vorstand weisung machen, wenn er das tut, was die Statuten der Organisation gebietet haben.

Liese (Dresden): Die Gefahr des Zerfalls der jüngeren Mitglieder ist bei einem Beitrag, wie er für die Gelerten gefordert werden muß, tatsächlich zu fürchten. Die gewerkschaftliche Organisation muß auch mit Hilfe der Jugend, Mitglieder bei uns zu jungen.

Ballbrecht (Köln): Es scheint mir notwendig, dem Vorstandsvorschlag zuzustimmen. Ich habe es für ausgeschlossen, daß wir mit vorliegenden Beitragsansätzen auskommen. Bei den Gelerten, wie sie zum Beispiel in der Eifel besetzt werden, können teilweise auch jugendliche Mitglieder den erhöhten Beitrag nicht bezahlen. Wenn Vorstand und Beirat sich nicht für besetzt halten, entsprechende Beiträge zu setzen, dann bleibt die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu erwägen.

Saage (Stuttgard) bemerkt die Grundlage, worauf sich die heutige Vorstandsvorlage aufbaut, und ist gleich dem Vorsitzenden der

Ansicht, daß der Verband auf eine Staffelung der Beiträge zurückkommen muß.

Dismann (Stuttgard): Der Vorstand wird seine Vorlage nachprüfen und insbesondere nochmals die Frage untersuchen, ob eine Zwischensklasse eingeschoben werden muß und ob dies durch den Erweiterten Beirat geschehen kann.

Bisla (Berlin): Da eine Staffelung der Beiträge im Rahmen der Kompetenzen des Erweiterten Beirats liegt, wird von einem Teil der Vorstands- und Beiratsmitglieder bejaht. Eine derart einschneidende Frage wäre natürlich besser durch eine außerordentliche Generalversammlung zu erledigen. Die Frage der Stärkung der Finanzen für kommende Kämpfe ist sicherlich im gegenwärtigen Augenblick brennend, ein Teil der Jugendlichen und Hilfsarbeiter aber kann den jetzt geforderten Beitrag nicht bezahlen. Wir müssen diese Mitglieder aber halten und dürfen sie nicht in die Arme anderer Organisationen stoßen. Aber die prinzipielle Seite der Sache ist gleichfalls von großer Bedeutung.

Böttcher (Riel) verliest eine Resolution einer Geschäftsführerkonferenz des Bezirks Hamburg, die fordert, daß die Beiträge in ein anderes Verhältnis gebracht und die unterschiedliche Lohnentwicklung berücksichtigt wird. Es sei unmöglich, an dem bisherigen starren System festzuhalten.

Frank (Stettin): Auch in meinem Bezirk hat sich eine Konferenz mit der Abfertigung der Beiträge befaßt und beschlossen, entsprechende Anträge zu stellen.

Zweiter Tag.

Die Aussprache wird von Schlieffert (Stuttgard) eröffnet: Der Vorstand verkennt die Schwierigkeiten nicht, die hinsichtlich der Unterschiede im Einkommen bestehen, und es wird anerkannt, daß eine Staffelung der Beiträge nicht zu umgehen ist. Aber die Generalversammlung in Jena hat die Staffelbeiträge abgelehnt, auch ist ihre Einführung schwierig, denn wir wissen ohne vorherige Feststellungen nicht genau, ob die Staffelung nach dem Alter oder nach dem Verdienst erfolgen soll. Man sagt nun allerdings, wir hätten die bisherigen Beitragsätze schon umgangen durch den Beschluß, Ausnahmen in der Beitragsleistung zuzulassen. Wenn so, dann geschah es im Rahmen der bestehenden Beiträge und nur als Übergangsstadium.

Landgraf (Bremervorhaben): Wir sind anderer Auffassung als der Redner. Es ist richtig, daß in Jena eine Staffelung abgelehnt wurde, aber seither haben sich die Verhältnisse dazwischen geändert, daß andere Maßnahmen nötig sind. Die Generalversammlung in Jena hat dem Beirat das Recht gegeben, falls es notwendig ist, die Beiträge zu erhöhen. Dies ist eine absolute Notwendigkeit und wenn der Beirat der Ansicht ist, daß die Erhöhung im Interesse der Organisation in Abstimmung erfolgen muß, wird sicherlich keine Stimme dagegen sein. Um eine Abwanderung der Mitglieder zu verhindern, geht es gar nicht anders, als eine Zwischensklasse einzuschleusen.

Frank (Stuttgard): Wir müssen zur Einfügung eines weiteren Beitrags kommen, eine außerordentliche Generalversammlung könnte keinen anderen Beschluß fassen, aber bis eine solche Generalversammlung zusammenberufen werden könnte, ginge viel wertvolle Zeit verloren und es würde ein nicht wieder gutzumachender Schaden entstehen. Wir müssen uns von dem Gedanken der Verantwortung lösen lassen. Dieser gebietet sofortiges Handeln.

Dismann (Stuttgard): Wir müssen der außerordentlichen Lage Rechnung tragen, in der wir uns befinden. Die Generalversammlung in Jena hat Staffelbeiträge abgelehnt, weil sie dem System nach der damals bekannten Begründung nicht beitreten wollte. Wir müssen die Umwälzungen im Einkommen berücksichtigen. Planmäßig werden von den Unternehmern die Verdiensthürden zuungunsten der jüngeren Kollegen verschoben. Die gleiche Entwicklung zeigt sich bei der Arbeiterschaft. Diese Lasten hat der Verbandstag nicht voraussehen können. Der Beirat hat einstimmig bei der letzten Erhöhung beschlossen, daß die außerordentliche Lage ihn das Recht gibt, außerordentliche Beschlüsse zu fassen. Wenn das Schiff aus dem Sturm in den Hafen gebracht werden soll, haben wir uns zu fragen, ob wir die hierzu notwendigen Maßnahmen mit unserm Gewissen vereinbaren können. Die Kampffähigkeit und Interessen der Organisation gebieten sofortiges Handeln. Die Verantwortung dafür müssen wir tragen. Jede Generalversammlung muß anerkennen, daß wir nur unsere Pflicht getan haben.

Ball (Wiesfeld) glaubt, daß der Vorstand auch auf Grund des § 6 des Statuts in der Lage ist, die Beiträge für die weiblichen und jüngeren männlichen Kollegen festzusetzen.

In der Zwischenzeit sind verschiedene Anträge auf Klassifizierung der Beiträge eingegangen.

Strobel (Chemnitz) stellt den Antrag, die Ladung zu unterbrechen, damit der Vorstand Gelegenheit hat, auf Grund des Gehörten eine andere Vorlage auszuarbeiten.

Schäfer (Stuttgard): Wir müssen uns klar den bestehenden Verhältnissen anpassen. Für die Schaffung einer neuen Beitragsklasse müßten sich zwei Drittel des Beirats aussprechen. Der Antrag Strobel heißt die Frage stellen, ob der Beirat zur Schaffung einer neuen Klasse berechtigt ist. Die Funktionäre der Parteianteile fordern hierfür eine Generalversammlung. Ich bin kein Gegner neuer Beitragsklassen, sondern nur gegen den hier vorgelegten Weg.

In der weiteren Aussprache, woran sich Böttcher (Riel), Bisla (Berlin) und Steinhauer (Essen) beteiligen, wird weiter erörtert, ob der Erweiterte Beirat zur Schaffung einer neuen Beitragsklasse berechtigt ist. Die Frage des Vorsitzenden, ob der Erweiterte Beirat bei Annahme des Antrags Strobel der Meinung sei, daß der Vorstand auch die Einfügung von einer oder zwei Beitragsklassen beantragen soll, wird gegen 5 Stimmen bejaht; 13 Stimmen sind jedoch dagegen, daß der Vorstand einen derartigen Vorschlag dem Beirat zur Beschlußfassung unterbreiten soll. Sodann wird der Antrag Strobel gegen eine Stimme angenommen.

Entsprechend dieser Sachlage unterbreitet der Vorstand nach der Mitteilung des Erweiterten Beirat eine neue Vorlage. (Da aus technischen Gründen die umfangreiche Vorlage heute noch nicht wiedergegeben werden kann, bitten wir die Mitglieder, sich etwas zu gedulden. Schlußreden.)

Spiegel (Wiesfeld) begrüßt die Vorlage, sie scheint ihm sehr glücklich und bedeutungsvoll für die Organisation.

Schlieffert (Stuttgard) ist der gleichen Ansicht. Durch die Annahme dieser Vorlage trage der Beirat der außergewöhnlichen Lage Rechnung.

Rich (Berlin): Wir sind aus grundsätzlichen Gründen mit der Vorlage nicht einverstanden, weil sie die Schaffung neuer Beitragsklassen befaßt, was nur eine Generalversammlung vornehmen kann.

Schlieffert (Stuttgard): Der Vorstand versteht die grundsätzlichen Bedenken des Redners, er hat aber bei der Vorlage dem ausgesprochenen Willen des Beirats Rechnung getragen.

Schulenburg (Stuttgard): Wir dürfen den Verband nicht in eine unangenehme Lage bringen und müssen infolgedessen die Bedenken beiseite schieben. Es wird sehr frühzeitig der Vorwurf erhoben, wir seien der Lage nicht gewachsen gewesen und hätten dem Verband einen schlechten Dienst geleistet mit dem jetzigen Festhalten an dem Bestehenden.

Nach weiteren Ausführungen einiger Redner in ähnlichem Sinn wird gegen 21 Stimmen beschlossen, daß die Vorlage auf Beschluß des Erweiterten Beirats für die Mitglieder bindend sein soll. Die Vorlage selbst wird gegen 9 Stimmen angenommen.

Spiegel (Wiesfeld) der vom Verband ausgeschickten Doppelbeiträge ist der Meinung einverstanden, daß jedes Mitglied 9 Doppelbeiträge zu leisten hat, soweit die Mitglieder nicht an längeren Streiks beteiligt waren. Für die Dauer eines Streiks oder einer Erwerbslosigkeit aus anderen Ursachen ist nur ein Beitrag zu bezahlen (soweit nicht Beitragsbefreiung in Betracht kommt).

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wird die Sitzung mit anerkennendem Beifall des Kollegen Dismann, die gefaßten Beschlüsse zum Segen des Verbandes anzunehmen zu lassen, geschlossen.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 11. Juni ist der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Juni 1922 fällig.

Zur Finanzierung der gegenwärtig geführten großen Streiks und Ausperrungen werden von den in Arbeit stehenden Mitgliedern vom 9. April (15. Beitragswoche) bis 10. Juni (einschließlich 23. Beitragswoche) Extrabeiträge für die Hauptklasse in der Höhe des geltenden Wochenbeitrags erhoben, so daß doppelt Wochenbeiträge zum Einzug kommen.

Es sind also 4 Doppel-Beitragsmarken (15. bis 18. Woche) von den alten Beitragsätzen und 5 Doppel-Beitragsmarken (19. bis 23. Woche) des von der 19. Beitragswoche an geltenden Beitrags zu verwenden.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Köln	400	—	—	28. Beitragswoche
Koblenz	400	—	—	28. "
Weinlagen	400	200	50	19. "
Stuttgard	400	800	100	19. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Abreisende Mitglieder werden dringend ersucht, bei der zuständigen Verwaltung vor der Abreise ihre Abmeldung zu vollziehen unter Vorlage ihres Mitgliedsbuches. (Siehe auch § 6 Abs. 8 des Statuts.) Die Mitglieder, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, schaden sich selbst. Keine Ortsverwaltung darf die Abmeldung von Mitgliedern annehmen, die die Abmeldung nicht in ihrem Mitgliedsbuch eingetragen haben.

Allein schon im Hinblick auf die hohen Portalosten, die dem Mitglied durch die Ein- und Versendung des Buchs erwachsen, ist vorherige Abmeldung geboten. Für einen geregelten Geschäftsbetrieb ist die vorherige Abmeldung unerlässlich.

Anforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Celle: Der Schlosser Hermann Rathfad, geb. am 28. Januar 1908 zu Hohenstedt, Mitgliedsbuch Nr. 2.688.669, wegen Fälschung seines Mitgliedsbuches, Diebstahl und Zechprelleret.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Ulm a. D.: Der Goldschmied Karl Fechter, geb. am 10. November 1901 zu Pforsheim, Mitgliedsbuch Nr. 4.724.817, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand

Zur Beachtung! • Zug ist fernzubalten:

- von Feilenhauern und Schleifern nach München (Möhl & Co.) St.; nach Stuttgart (Friedrich Klins) M.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz;
- von Feilungsmonteurs nach Aachen (H. Richterich und Kadener Maschinenbau) St.; nach Adenstet E.;
- von Metallern nach Schwerin St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen 2; nach Chemnitz (Swoboda & Co., Metallschrauben, Werkzeugmaschinenfabrik und Fassonbrecher) D.; nach Frankfurt; nach Luxemburg 2; nach Neustadt a. Hardt (H. Frank, Autoreparaturwerkstätte) D.; nach Ostpreußen (alle Orte des Bez. Königsberg) St.; nach Rumänien 2; nach Säckingen a. Rh. (Stenda-Werke G. m. b. H.) D.;
- von Metallarbeitern und Schleifern nach Neumünster (Aluminiumwerke Sörensen & Köster) D.;
- von Walzwerkarbeitern nach Rombach i. Loth. St.

2. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Ausperrung.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung. Karlsruher. Wir bitten um Zusendung der Adresse des Elektromonteurs Eugen Fröbel, früher Stroßburg, da er als Zeuge dringend benötigt wird. Verwaltungsstelle, die den Aufenthalt desselben wissen, ersucht die hiesige Verwaltungsstelle um Auskunft.

Angestellte gesucht. Reinhardt'scher Ges. Geschäftsführer, erste Kraft für Agitation und Verwaltung auf L. Juli gesucht. Muß mindestens 5jährige Beitragsleistung im Verbandsnachweisen und mit allen Verbandsarbeiten vertraut sein. Bewerbung mit Angabe über bisherige Tätigkeit, Alter und Familienverhältnisse bis zum 18. Juni mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Kollegen Peter Glomann, Zweibrüderstraße 8a, erbitten.

Reinhardt'scher Ges. Geschäftsführer, erste Kraft für Agitation und Verwaltung auf L. Juli gesucht. Muß mindestens 5jährige Beitragsleistung im Verbandsnachweisen und mit allen Verbandsarbeiten vertraut sein. Bewerbung mit Angabe über bisherige Tätigkeit, Alter und Familienverhältnisse bis zum 18. Juni mit der Aufschrift „Bewerbung“ an Kollegen Peter Glomann, Zweibrüderstraße 8a, erbitten.

Sonstige Anzeigen

Dreher, auch tüchtige jüngere, in dauernde gut-bezahlte Stellung gesucht. Glitewerke, Aktiengesellschaft, Brand-Erbisdorf bei Freiberg i. Sachsen.

Feilen Schleifer in dauernde Beschäftigung stellt ein **Wid. Hermann Feilenfabrik, Köhnig, G.-M.** 2 **gelernte Feilenhauer** als Monteur für Feil- und Entwässerungsarbeiten sowie Feilungsmonteurs in dauernde, gut-bezahlte Stellung, ferner einen älteren, durchaus selbständigen Feilenhauer als Obermonteur für sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften sowie Lebenslauf sind zu richten an die Besetzten **Wid. Hermann Feilenfabrik, Köhnig, G.-M., Feilenwerk, S.-M., Eschbacher/Arbeiteraufnahme.**

Tüchtige Schablouen- u. Handformer, sowie Keramiker für sofort oder später gesucht. **Werkzeugfabrik und Eisengießerei Sauer, G.-M., Zeiningen i. Baden.**

Gesucht werden zum sofortigen Eintritt **Spizendreher, Schleifer und Werkzeugmacher** für Lehrereinstellung. Einem Teil der Eintretenden kann bei entsprechender Bewährung Wohnung zur Verfügung gestellt werden. Bewerbungen unter Vorlegung von Zeugnisabschriften erbitten an **Jann-Werke, A.-G., Werk Ausbach.**

Druck und Verlag von Alexander Schilke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.